

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Michel Brandt, Andrej Hunko, Zaklin Nastic,
Eva-Maria Elisabeth Schreiber, Helin Evrim Sommer und der
Fraktion DIE LINKE.**

Aktuelle menschenrechtliche Lage auf den Philippinen

Die Regierung unter Präsident Rodrigo Duterte startete 2016 eine massive Kampagne gegen Drogen. Es wird geschätzt, dass seitdem zwischen 13 000 und 20 000 Menschen im Auftrag der Regierung getötet wurden. Die Opfer finden sich vor allem unter der Armutbevölkerung der Großstädte (www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2017/april/dutertes-drogenkrieg-staatsterror-gegen-die-aermsten). Soweit bekannt, wurde jedoch in keinem einzigen Fall Anklage gegen Polizisten oder andere Personen erhoben.

Zudem schätzt das Aktionsbündnis Menschenrechte-Philippinen, dass alleine zwischen Mai 2012 und September 2016 mindestens 147 Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger sowie 23 Journalistinnen und Journalisten ermordet wurden. Mit Senatorin Leila De Lima wurde Rodrigo Dutertes wichtigste politische Konkurrentin unter höchstwahrscheinlich falschen Anschuldigungen verhaftet. Besonders bedroht sind Landrechtsverteidigerinnen und Landrechtsverteidiger, die sich z. B. für die Umverteilung von Agrarland einsetzen oder gegen Bergbauprojekte kämpfen, die in den Philippinen oft mit massiven Umweltverschmutzungen einhergehen. Weil solche Projekte besonders oft die Ahnengebiete von Indigenen bedrohen, finden sich unter den Ermordeten besonders viele Angehörige der über 100 indigenen Bevölkerungsgruppen (www.asienhaus.de/uploads/tx_news/2018_Menschenrechtsbericht__web_01.pdf).

Seit dem Abbruch der Friedensverhandlungen mit den kommunistischen Rebellen im November 2017 stieg die Zahl der Morde an Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern sowie politischen Aktivistinnen und Aktivisten stark an. Betroffen sind vor allem die Mitglieder von Gruppen, die das Militär für Tarnorganisationen der kommunistischen New People's Army (NPA) erklärt. Der bewaffnete Revolutionskampf der NPA gegen die Regierung ist bereits seit 1969 im Gange (www.asienhaus.de/uploads/tx_news/2018_Menschenrechtsbericht__web_01.pdf).

Ende Februar hat die philippinische Regierung bei Gericht beantragt, die kommunistische Partei (CPP) und die NPA zu Terrororganisationen zu erklären. Der Antrag beinhaltet eine lange Liste von angeblichen Mitgliedern der NPA, darunter eine Vielzahl linker Politikerinnen und Politiker, politischer Aktivistinnen und Aktivisten und auch die aktuelle UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte Indigener, Victoria Tauli-Corpuz. Die Fragestellenden befürchten, dass dies der Auftakt für eine systematische Verfolgung zivilgesellschaftlicher Kräfte darstellen könnte. Human Rights Watch bezeichnet die Liste als Abschussliste der Regierung (www.hrw.org/news/2018/03/08/philippines-terrorist-petition-virtual-hitlist).

Die Polizei setzt laut Amnesty International weiterhin unnötige und unverhältnismäßige Gewalt ein. Dies gilt besonders bei Demonstrationen und Kundgebungen.

Ende Mai 2017 verhängte Rodrigo Duterte das Kriegsrecht über die Insel Mindanao, nachdem islamistische Gruppen die Kontrolle über die Stadt Marawi City übernommen hatten. Das Kriegsrecht wurde über ganz Mindanao verhängt, obwohl die Kämpfe lokal begrenzt waren. Unter dem Kriegsrecht sind wichtige Rechte, wie die Haftprüfung vor Gericht, außer Kraft gesetzt. Mehrere Klagen gegen das verhängte Kriegsrecht scheiterten vor dem Obersten Gerichtshof, der Kongress hat es bis Ende 2018 verlängert. Wiederholt hat Rodrigo Duterte gedroht, das Kriegsrecht auf die ganzen Philippinen ausdehnen zu wollen.

Laut einem Gesetzesentwurf von 2016 soll die Todesstrafe wieder eingeführt werden. Außerdem wurden Gesetzesvorhaben eingebracht, die vorsahen, das Strafmündigkeitsalter auf neun Jahre herabzusetzen.

Nachdem der Internationale Strafgerichtshof Untersuchungen wegen mutmaßlicher außergerichtlicher Tötungen unter Präsident Rodrigo Dutertes Anti-Drogen-Kampagne eröffnete, haben die Philippinen den Austritt aus dem Römischen Statut des Gerichtshofes offiziell bekannt gegeben (<https://philippinenmagazin.de/2018/03/20/un-bestaetigt-philippinischen-rueckzug-vom-internationalen-strafergerichtshof/>).

Trotz der sich verschlechternden Menschenrechtssituation auf den Philippinen und den Forderungen des Bündnisses gegen Kindersoldaten zum Stopp von Kleinwaffen (www.domradio.de/themen/kirche-und-politik/2018-02-12/buendnis-gegen-kindersoldaten-stopp-von-kleinwaffenexport) exportiert Deutschland weiterhin Waffen in die Philippinen. Laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung erreichten das Land im ersten Halbjahr 2017 Rüstungsexporte im Wert von 274 136 Euro.

Unter den EU-Staaten ist Deutschland der wichtigste Handelspartner der Philippinen (www.bmz.de/de/laender_regionen/asien/philippinen/index.html). Rohstoffe aus den Philippinen werden durch deutsche Unternehmen entweder direkt gefördert oder in großen Mengen als Fertig- oder Halbfertigprodukte nach Deutschland importiert, beispielsweise in Form von Computerfestplatten, MP3-Playern und Handys. Neben deutschen Firmen fördern deutsche Banken die philippinische Bergbauindustrie mit Krediten. Die menschen- und arbeitsrechtliche Situation von Bergbau- und Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeitern in den Philippinen steht immer wieder in der Kritik (vgl. z. B. www.zeit.de/wirtschaft/2012-07/fs-philippinen-mine-2; www.vernetzte-er.de/dev/index.php?option%3Dcom_content%26view%3Darticle%26id%3D21%26Itemid%3D33).

Die Wirtschaftsbeziehung zwischen Deutschland und den Philippinen wird durch EU-Handelspräferenzen unter dem APSplus-Prozess (Allgemeines Zollpräferenzsystem) begünstigt. Diese sind an die Beachtung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten geknüpft.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Position vertritt die Bundesregierung gegenüber Rodrigo Dutertes Krieg gegen Drogen und die damit verbundenen Hinrichtungen?

Wie verdeutlicht sie ihre Haltung gegenüber dem philippinischen Präsidenten?

2. Welche Position vertritt die Bundesregierung in Bezug auf Vorstöße, die Todesstrafe wieder einzuführen und das Strafmündigkeitsalters auf neun Jahre abzusenken?

Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken?

3. Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung seit Amtsantritt Rodrigo Duterte unternommen, um Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger sowie Journalistinnen und Journalisten in den Philippinen vor Drangsalierung, Gewalt und Mord zu schützen?

4. Welche Informationen hat die Bundesregierung bezüglich der geplanten Ausweitung des Kriegsrechts auf das ganze Land?

5. Welche Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter wurden seit Amtsantritts Rodrigo Duterte tatsächlich in die Philippinen ausgeführt?

Wie hoch bemisst sich deren Wert (bitte nach Jahr und Ausfuhrlistennummer und unter Angabe der genaueren Bezeichnung der Waffen und des jeweiligen Gesamtwerts je Ausfuhrlistennummer aufschlüsseln)?

6. Welche Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter wurden jeweils 2015, 2016, 2017, 2018 tatsächlich in die Philippinen ausgeführt?

Wie hoch bemisst sich deren Wert (bitte nach Jahr und Ausfuhrlistennummer und unter Angabe der genaueren Bezeichnung der Waffen und des jeweiligen Gesamtwerts je Ausfuhrlistennummer aufschlüsseln)?

7. Zu welchem Zweck wurden die in die Philippinen ausgeführten Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter nach Kenntnis der Bundesregierung verwendet?

8. Welche Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter plant die Bundesregierung in die Philippinen auszuführen?

Wie hoch bemisst sich deren geschätzter oder tatsächlicher Wert?

9. Zu welchem Zweck sollen die in die Philippinen auszuführenden Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter nach Kenntnis der Bundesregierung verwendet werden?

10. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass die Mitglieder des Davao City Polizeiamtes (DCPO) am Freitag, 11. August 2017 neue Waffen erhielten, darunter 12 in Deutschland hergestellte Sturmgewehre Heckler & Koch HK 416/Kaliber 5,56, (www.update.ph/2017/08/davao-city-cops-receive-german-israeli-rifles/20068)?

11. Welche Genehmigungen bestehen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in die Philippinen, und auf welcher rechtlichen Grundlage fußen diese Genehmigungen?

12. Wie wurde die „Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibland“ (Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern) in Bezug auf die Philippinen im Genehmigungsprozess bewertet?

13. Hat die Bundesregierung im Genehmigungsprozess erwogen, ob ein „hinreichender Verdacht besteht, dass sie [die Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern] zur internen Repression im Sinne des EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden“ (Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern)?

Wenn nein, warum nicht?

14. Welche konkreten Maßnahmen werden von der Bundesregierung getroffen, um zu kontrollieren, dass die in die Philippinen exportierten Rüstungsgüter nicht zum Zweck von Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden?
15. Welche Vorkehrungen trifft die Bundesregierung, um einen menschenrechtswidrigen Einsatz deutscher Waffen in den Philippinen zu verhindern?
16. Wurden in den Philippinen bisher Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, wie oft, und mit welchem Ergebnis?
17. Hat die Bundesregierung außen- oder sicherheitspolitische Interessen am Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in die Philippinen?
Wenn ja, welche?
18. Gefährdet der Export deutscher Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgüter in die Philippinen laut Einschätzung der Bundesregierung Belange der Sicherheit, des friedlichen Zusammenlebens der Völker oder der auswärtigen Beziehungen?
Wenn ja, warum?
Wenn nein, warum nicht?
19. Beurteilt die Bundesregierung die momentane Situation in den Philippinen als drohende oder tatsächliche „bewaffnete Auseinandersetzungen“?
20. Wie schätzt die Bundesregierung das Verhalten der Regierung Rodrigo Duterte zur „Einhaltung internationaler Verpflichtungen, insbesondere des Gewaltverzichts, einschließlich der Verpflichtungen aufgrund des für internationale und nichtinternationale Konflikte geltenden humanitären Völkerrechts“ (Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern) ein?
21. Zieht die Bundesregierung anlässlich der verschlechterten Menschenrechtssituation auf den Philippinen einen Stopp für Rüstungsexporte in das Land in Betracht?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, wann und unter welchen Bedingungen?
22. Liegen laut Einschätzung der Bundesregierung in den Philippinen „schwere und systematische Verletzungen“ der im EU Allgemeinen Präferenzsystem Plus „APSplus“-Prozess überprüften Menschenrechtsverträge vor (gemäß Artikel 9, Richtlinie (EU) No 978/2012)?
Wenn ja, befürwortet die Bundesregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine temporäre Suspendierung des APSplus-Status der Philippinen?
23. Unter welchen Umständen würde sich die Bundesregierung für eine Suspendierung der Handelspräferenzen im Rahmen des APSplus-Prozesses aussprechen?
24. Wie hat sich die Bundesregierung seit Amtsantritt Rodrigo Dutertes im APSplus-Prozess zu den Philippinen positioniert?
25. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussagen von EU-Kommissar Stefano Manservigi, wonach in zukünftigen Übereinkommen zwischen der EU und den Philippinen über den Erhalt von EU-Hilfsmitteln keine Menschenrechtskonditionalitäten mehr aufgenommen werden sollen, weil diese nun durch das „Partnership and Cooperation Agreement“ abgedeckt sind (Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen)?

26. Birgt die Streichung von Menschenrechtskonditionalitäten laut der Bundesregierung die Gefahr eines falschen politischen Signals an die philippinische Regierung in Bezug auf die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards?

Wenn ja, wie?

27. Wie bewertet die Bundesregierung die von der philippinischen Regierung vorgelegte Liste mit über 600 Namen von Personen, die beschuldigt werden, der kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) und der New People's Army (NPA) anzugehören, und hat die Bundesregierung neue Informationen bezüglich des Status der Liste?

28. Sind die auf der Liste aufgeführten Personen laut Einschätzung der Bundesregierung einer verstärkten Gefahr ausgesetzt, Opfer von Repressionen und Gewalt durch staatliche Sicherheitskräfte zu werden?

29. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, bei wie vielen der aufgeführten Personen davon ausgegangen werden kann, dass diese zu Unrecht der Mitgliedschaft in der CPP-NPA beschuldigt werden?

Wenn ja, welche Kenntnisse hat die Bundesregierung?

30. Welche Informationen hat die Bundesregierung bezüglich der menschen- und arbeitsrechtlichen Situation entlang der Lieferketten deutscher Unternehmen bzw. deutscher Investitionen in den Philippinen?

31. Welche deutschen Unternehmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen involviert?

32. Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung eingeleitet oder wird die Bundesregierung einleiten, um Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen durch Auslandsgeschäfte von deutschen Unternehmen entgegenzuwirken?

Berlin, den 9. Mai 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

